

## Klare Marschrichtung

Die Bundeswehr will sich schon zum 1. Januar 1991 die Reste der Nationalen Volksarmee (NVA) einverleiben. Der Staatssekretär im DDR-Verteidigungsministerium, Werner E. Ablaß, erfuhr bei Gesprächen in Bonn, die auf der Hardthöhe als „Übernahmeverhandlungen“ titulierte wurden, daß dort bereits in „Bevorratungsplänen“ das gesamtdeutsche Heer entsteht: So sollen die 50 000 verbleibenden NVA-Soldaten vom 1. Januar an in Bundeswehruniformen gesteckt werden. Offen ist noch, ob NVA-Soldaten in Bundeswehrkluft ihre Brust mit Orden schmücken dürfen, die sie von der früheren SED-Regierung oder von sozialistischen Bruderstaaten erhalten haben. Gerätselt wird auch, ob ostdeutsche Militärs vom Januar an „Verpflegung nach Nato-Kriterien“ erhalten dürfen. Uneins sind beide Staaten, wie die künftige Wehrverwaltung aussehen soll. Bonn favorisiert für das heutige DDR-Gebiet ein von Zivilisten besetztes, einheitliches „Territorialkommando Ost“. Die DDR dagegen will in den fünf künftigen Ländern eigene Militärverwaltungen installieren, um möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten. Spätestens am 2. August sollen nach dem Wunsch von Bundeskanzler Kohl alle Fragen geregelt sein.

## Späte Ehre

Die DDR-Justizbehörden wollen bei der bevorstehenden Wahl von Richtern und Staatsanwälten mit der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter zusammenarbeiten. Eintragungen über mutmaßliche Willkürakte von DDR-Juristen dürfen allerdings nur von Salzgitter nach Ost-Berlin übermittelt werden, wenn der Bewerber damit einverstanden ist. Die Vereinbarung zwischen

**Becher für Haydn**

Langsam

Auf - er - stan - den aus Ru - i - nen und der Zu - kunft zu - ge - wandt,  
 laß uns dir zum Gu - ten die - nen Deutschland, el - nig Va - ter - land

Al - te Not gilt es zu zwin - gen, und wir zwin - gen sie - elnt, denn es

wird uns doch ge - lin - gen, daß die Sonne über Deutschland scheint. Denn es...

## Zweite Strophe

Die offizielle Nationalhymne der Bundesrepublik, das von August Heinrich Hoffmann von Fallersleben 1841 geschriebene „Lied der Deutschen“, soll im vereinigten Deutschland eine neue Anfangsstrophe erhalten – „Aufstanden aus Ruinen“, den Text der bisherigen DDR-Nationalhymne. Er wurde von dem Schriftsteller und früheren DDR-Kulturminister Johannes R. Becher verfaßt. Den Wunsch, den seit 1971 verbotenen Text in eine gesamtdeutsche Nationalhymne hinüberzuretten, haben DDR-Vertreter in Bonn bei den Gesprächen zum Einigungsvertrag zwischen beiden Staaten vorgetragen. Statt zur Komposition von Hanns Eisler könne, so der Vorschlag, weiterhin die von Jo-

seph Haydn 1797 komponierte Melodie („Gott erhalte Franz den Kaiser“) des Deutschlandlieds gesungen werden. Musikwissenschaftler hatten schon vor Jahren auf die weitgehende Kompatibilität des DDR-Textes hingewiesen. Bonn und Ost-Berlin müßten sich nur informell verständigen, wenn sie die bundesdeutsche Hymne um eine Strophe ergänzen wollen. Das Deutschlandlied ist Hymne nicht auf Grundlage der Verfassung oder eines Gesetzes, sondern nach einem im Bulletin am 6. Mai 1952 veröffentlichten Briefwechsel zwischen dem damaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss und Kanzler Konrad Adenauer. Lediglich der Schlußrefrain der Becher-Hymne müßte gekürzt werden.

dem DDR-Justizstaatssekretär Manfred Walther und seinem niedersächsischen Kollegen Peter Düwel (SPD) sieht vor, daß Ost-Berlin der West-Behörde die Namen aller Juristen nennt, die sich um

ein Amt als Richter oder Staatsanwalt bewerben. Im Gegenzug liefert die Erfassungsstelle eine Liste der Verfahren, in denen die Kandidaten negativ aufgefallen sind – vorausgesetzt, die Betroffenen legen kein Veto ein. Die Behörde in Salzgitter – von Honeckers SED als „amtliche Einrichtung des westdeutschen Revanchismus“ bezeichnet – verwaltet mehr als 40 000 Akten, unter anderem über Juristen, Polizisten und NVA-Angehörige.

## Rekruten im Visier

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) will seine Schnüffelpraxis ausdehnen. Geplant ist, künftig sämtliche Wehrpflichtige (rund 210 000 pro Jahr) mit einer „standardisierten Abfrage“ zu überprüfen. Dadurch, so die internen Überlegungen des MAD, würden „alle Extremisten unter den Wehrpflichtigen“ frühzeitig erkannt. Unterstützung für seine Nachrichtensammlung erhofft sich der MAD von den Verfassungsschutz-



Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter